

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., in Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 123.

Freitag, den 30. Mai 1902.

9. Jahrgang.

Giezu eine Beilage.

Zuckerpolitik.

II.

Im ersten Artikel ist gezeigt worden, wie die Herren der Zuckerindustrie es verstanden haben, das deutsche Volk unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Man müßte die Geschichte der Zuckersteuer ausführlicher schildern, wollte man zeigen, wie die Parteien der Rechten bis hinüber zu dem „christlichen“ Zentrum und den Antisemiten, den Vertretern des „kleinen Mannes“, allezeit sich dazu verstanden haben, den „Zuckermillionären bei der Ausbeutung des deutschen Volkes die Mauer zu machen, und wie vor Allem die Heiden des Nationalliberalismus unter der Führung des Zuckerheiligen Dr. Baasche allezeit für die süße Heimathspolitik in die Bretsche traten. Da die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die Volksparteier im parlamentarischen Zuckerkrieg stets in der Minderheit blieben, muß man wohl annehmen, daß die konservativ-kerikal-antisemitisch-liberale Liebesgabenmehrheit ihnen in der Einsicht für die „wahren Interessen des Volkes“ um ein gut Stück voraus war.

Schließlich fiel von der Leibgarde der Zuckerpatronen doch einer um, und dieser Eine war die deutsche Reichsregierung.

Es ist von vornherein anzunehmen, daß die Gewalt der Thatsachen, die diese festeste Stütze der Unternehmerinteressen zum Wanken brachte, recht beträchtlich geworden sein mußte. Es war auch nicht der Absicht vor den gegenwärtigen Zuständen, sondern die Angst vor dem unabsehbaren Ende, die diesen Umschwung der Verhältnisse herbeigeführt hat.

Das Ausland, das in der Zuckerproduktion auf dem Weltmarkt mit Deutschland im Wettbewerb steht, hat begreiflicherweise den ungeheuren Fortschritten des gefährlichen Gegners nicht mißig zusehen. Es griff zu zwei Mitteln, um die Ueberschwemmung der Welt mit ausschließlich deutschem Zucker zu verhindern.

Vorerst erklärten die Zuckerfabrikanten des Auslandes (Oesterreich und Frankreich voran) ihren Regierungen, daß sie geschlagene Leute seien, wenn man nicht auch ihnen Ausfuhrprämien gewährte. Bei der hervorragenden volkswirtschaftlichen Einsicht, die bürgerliche Regierungen und Parlamente in allen Fällen bewiesen, in denen es sich um Unternehmerinteressen handelt, konnte es nicht ausbleiben, daß auch diese Staaten ihre Zuckeragrarier mit Liebesgaben füllten und sich auch dort derselbe Zustand entwickelte, wie er in Deutschland besteht. Seit Jahren ist es zumal in österreichischen Arbeiterversammlungen eine ständige Klage geworden, daß die böhmische und mährische Zuckerindustrie den Engländern ihr Produkt als Schweinefutter verkaufe, während die arme Bevölkerung dieses gesunde und wohlgeschmeckende Nahrungsmittel vielfach ganz entbehren müsse.

Zu einem anderen Mittel, ihre Zuckerindustrie zu schützen, haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegriffen. Die Amerikaner schrauben nämlich den Zuckerzoll immer um wieder höher, als ein Land Ausfuhrprämien gewährt. Sie erringen dadurch die Sympathien der amerikanischen Kohlenzuckerzeugung, besonders der westlichen, die durch das deutsche Prämienystem zu Grunde gerichtet worden ist und sich über diese Art von Schmutzkonkurrenz nicht laut genug beklagen kann. So wird in der ganzen Welt der Zuckerpreis künstlich hochgehalten, und gleichzeitig zittert die ganze Welt davor, daß dieses Kartenhaus unter der Last der trotz Kontingentierung wachsenden Ueberproduktion zusammenbrechen könnte. Auch die Arbeiterchaft hat allen Grund, eine solche Katastrophe des Zuckermarktes zu befürchten: denn wenn von den Liebesgaben auch nichts in ihre Taschen wieder zurückgekommen ist, würde eine so schwere Erschütterung des Marktes desto mehr aus ihren Taschen herauswischen.

Nur England, das Giland des Freihandels, hat lange Zeit hindurch an den billigen Zuckerpreisen seine Freude gehabt. Deutschland, Frankreich und Oesterreich verschleuderten Milliarden, um dem Engländer seinen Thee zu verjagen, und er ließ sich ihn schmecken. Dann aber führte England in Folge der südafrikanischen Kriegskosten auch einen Finanzzoll auf Zucker ein, und die Zuckerinteressenten der Kolonien verlangten, daß nun auch etwas zu ihrem Schutze geschehe. So erzeugte die deutsche Erfindung der Liebesgaben in der ganzen Welt Unsicherheit und Unruhe.

Nach einer ergebnislosen Berathung, die die Mächte im Jahre 1898 in Brüssel abhielten, kam man endlich bei der erneuten Brüsseler Zuckerkonferenz am 5. März 1902 zu einer Einigung, der freilich Rußland und die Vereinigten Staaten vorläufig nicht beigetreten sind. Danach sollen vom 1. September 1903 ab alle Ausfuhrprämien auf Zucker abgeschafft werden. Für den Entgang am Auslandsgehalte, der manchen Zuckerfabriken daraus entstehen mag, soll ihnen durch die Herabsetzung der Verbrauchssteuer im Inlande die Macht erweitert werden. Ihnen soll so die Möglichkeit ge-

geben werden, durch Herabsetzung der Preise den Konsum im eigenen Lande zu vermehren.

Wir stehen damit in der Geschichte der neuesten Zeit, die Allen gegenwärtig ist, für manchen Leser aber durch die vorstehenden Ausführungen an Klarheit gewonnen haben möchte. Die deutsche Reichsregierung hat dem Reichstag die Brüsseler Konvention zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt und mit ihr eine Novelle zum Zuckersteuergesetz, durch die die innere Verbrauchsabgabe von 20 Mk. auf 16 Mk. herabgesetzt wird. Am 27. Mai trat die Kommission zusammen, die auf Anträgen der Zuckeragrarier behufs vorläufiger Verschleppung der Angelegenheit verlangt und durchgeführt worden ist.

Freilich werden sich die Herren von der Rechten gerade im Interesse ihrer Auftraggeber es dreimal überlegen müssen, ob sie wirklich die Regierungsvorlage durch Obstruktion oder Abstimmung zu Fall bringen wollen. Es wären zweierlei Folgen eines solchen Vorgehens möglich.

Entweder würde das böse Beispiel des deutschen Reichstags die sehr zweifelhaft guten Sitten der anderen Parlamente verderben, und eine Konvention käme überhaupt nicht zu Stande. Dann würde wohl Herr Dr. Baasche seinen unverschämten Antrag von 1894 ungefähr wiederholen, nach dem die Ausfuhrprämien auf 4 Mk., die Verbrauchsabgaben auf 24 Mk. erhöht und die Kontingentierung durch volle Steuerstrafen durchgesetzt werden soll. Der Wahnsinn würde damit auf die Spitze getrieben und das deutsche Volk würde sicherlich die Mittel finden, ein solches Attentat auf den Geldbeutel abzuwehren.

Oder aber die Zuckerkonvention kommt mit Ausschluß Deutschlands zu Stande. Dann aber würde die deutsche Zuckerproduktion mit einem Male alle Thüren verschlossen finden und einer Welt von Feinden gegenüberstehen. Es läge in der Hand des Auslandes nach dem Beispiele Amerikas eine Mauer von Retorsionszöllen zu errichten, die automatisch immer um ein Stück höher steigt, als die Ausfuhrprämie springen kann. Die erste dieser Möglichkeiten wäre die sichere Vorbereitung zum Krach, die zweite aber — der Krach selbst.

Schließlich ist auch zu bedenken, daß die Entrüstung des Auslandes über die sonderbaren Wege der deutschen Heimathspolitik — die trotz aller Pringenreisen und Denkmalsgeschenke ständig im Wachsen ist — noch beträchtlich steigen würde, wenn wirklich eine deutsche Reichstagsmehrheit den traurigen Muth fände, das Dokument des wirtschaftlichen Friedens, das in Brüssel unterzeichnet worden ist, zu zerreißen. Das deutsche Volk hat dann allen Grund, die Haltung, die seine Vertreter im Reichstage zu dieser brennenden Frage einnehmen, mit Spannung zu verfolgen. Und wenn es auch mitunter ein Wischen mißsam ist, so bleibt es doch immer nothwendig und interessant, den großen Tauschspielern der Welt- und Heimathpolitik, den Brodwürmern wie den Fufelpatrioten, den Nickelstählern wie den Zuckerfüßen mitunter ein wenig auf die Finger zu sehen.

Politische Hundschan.

Deutschland.

Der Sandenprozeß ist noch nicht weit gediehen, denn der Beginn der eigentlichen Verhandlungen wurde auf Mittwoch verlagert. Bei der Feststellung der Personalkosten wurde aber enthüllt, was die Herrschaften, die einst die Villen in Berlin W und jetzt die Anklagebank zieren, „verdient“ haben. Im Jahre 1895-96 ist der Generalkump Eduard Sanden zur Ergänzungsteuer mit einem Vermögen von 2 308 012 Mk. und zur Einkommensteuer mit 476 749 Mk. eingeschätzt. Die Einschätzungen hielten sich in den folgenden Jahren auf ziemlich gleicher Höhe; 1899-1900 war er zur Ergänzungsteuer mit 2 889 043 Mk., zur Einkommensteuer mit 378 541 Mk. eingeschätzt. Heinrich Sanden hat sein Vermögen 1897-98 auf 520 057 Mk. eingeschätzt. Zur Einkommensteuer ist er 1897-98 auf 80 953 Mk. veranlagt worden. Als Gehalt bezog er von der Preußenbank 31 000 Mk., von der Grundschuldbank 10 000 Mk., als Lantienen im Jahre 1899 von der Preußenbank 27 389 Mk., von der Grundschuldbank 13 792 Mk. Eduard Schmidt ist zur Einkommensteuer 1900-01 mit 173 274 Mk., zur Ergänzungsteuer mit einem Vermögen von 2 566 000 Mk. veranlagt worden. An Lantienen bezog er von der Hypothekens-Aktienbank 1899 16 806 Mk., von der Grundschuldbank 13 792 Mk., von der Akt.-Ges. für Grundbesitz und Hyp.-B. 13 594 Mk. Seine Frau hatte ihm fünf Millionen Mark mit in die Ehe gebracht. Das Vermögen von Buchmüller soll sich etwa auf 500 000 Mk. beziffern. An Gehalt bezog er von der Preußenbank 12 000 Mk. jährlich. Zur Einkommensteuer ist er zuletzt mit 80 870 Mk. veranlagt worden. Warfinski ist zuletzt zur Ergänzungsteuer mit 3 096 131 Mk., zur Einkommensteuer mit 111 024 Mk. veranlagt worden. Otto Sanden verfügte jährlich über einen Gehalt von 35 000 Mk.; daneben erhielt er von den Senftenberger Kohlenwerken an Provision und Gehalt zuletzt 31 400 Mk. und für Terrainverkäufe in Tornau im Jahre 1900 29 515 Mk.; also auch fast 100 000 Mark

pro Jahr. Der Direktor Haenschke versteuerte zuletzt ein Einkommen von zirka 60 000 Mark — Mit den Riesengehältern dieser Gauner vergleiche man die Hungerlöhne ehrlicher Arbeiter! Was sagen die Vertheidiger der „göttlichen Ordnung“ dazu?

Die Zolltarifkommission des Reichstags hat am Mittwoch zunächst die Tarifnummern 270 bis 277 (Weinsäure) durchweg nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage erledigt. Auch für Salzsäure und Schwefelsäure wurde die von Kardorff und anderen zollwucherfreundlichen Kommissionsmitgliedern bekämpfte Zollfreiheit angenommen. In der Nachmittagsitzung lehnte die Kommission den Antrag des Grafen Kanitz ab, auch am Sonntag und Montag Sitzungen abzuhalten. Graf Kanitz begründete seinen Vorschlag damit, daß er mit einer Pause von 2 bis 3 Tagen nichts machen könne, da er kein Geschäft habe, das er in zwischen erledigen könne. Ihm bliebe also nichts anderes übrig, als in Berlin „herum zu schwimeln“. Erledigt wurden in der Nachmittagsitzung sieben Tarifnummern und die Verhandlung über Tarifnummer 285 (Soda) nicht zu Ende geführt. Durchweg wurden die Vorschläge der Regierungsvorlage angenommen. Auch der Zoll für Salz wurde in Höhe von 80 Pfg. beschloffen. Bisher war Salz, jewärts eingehend, zollfrei. Unterstaatssekretär Fischer erklärte: 1879 habe man einen Zoll für das landwärts eingehende Salz eingeführt, um der österreichischen und französischen Konkurrenz zu begegnen. Die zollfreie Einfuhr jewärts habe man bestehen lassen, weil die norddeutschen Salinen nicht ausreißend Salz hätten liefern können und Norddeutschland deshalb auf englisches Salz angewiesen gewesen sei. Jetzt lieferten die inländischen Salinen genug Salz. So sei kein Grund für die Begünstigung des englischen Salzes mehr vorhanden. Die Kommission beschloß auch die Einführung eines neuen Zolles in Höhe von 5 Mk. für Hirschhornsalz, obwohl seitens der Linken darauf hingewiesen wurde, daß Hirschhornsalz in Deutschland nur von einer Fabrik hergestellt werde und diese trotz der gegenwärtigen Zollfreiheit so gut gestellt sei, daß sie eines besonderen Zollschutzes nicht bedürfe.

In der Zuckersteuerkommission wurde am Mittwoch von der Rechten durch Anträge auf Herbeischaffung einer Fülle weiterer Materialien und auf Abgabe von Regierungserklärungen über Frachtsätze und dergleichen zunächst verschleierte Obstruktion getrieben, bis schließlich das Zentrum mit dem offenen Antrag vorrückte, die Beratungen bis zum Oktober zu vertagen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung entschieden bekämpft. Schließlich wurde der Antrag unter dem Vorbehalt zurückgezogen, ihn später zu erneuern! Nach der Mittagspause entspann sich bei Artikel 5 der Zuckerkonvention eine längere Erörterung über den Ueberzoll. Von der Linken wurde die Frage aufgeworfen, ob bei dem vereinbarten Ueberzoll von 4,80 Mark das Kartell weiter bestehen könne. Die Abgg. Müller-Fulda und Baasche gaben der Ansicht Ausdruck, daß bei diesem Ueberzoll das Kartell nicht weiter bestehen könne. Daran knüpfte sich eine rein akademische Erörterung über Schutz Zoll und Freihandel im Allgemeinen. Abg. Dr. Barth stellte für die Berathung des Zuckersteuergesetzes einen Antrag in Aussicht, wonach der Ueberzoll um 2 Mark ermäßigt wird. Die weiteren Artikel der Konvention gaben zu erheblichen Auseinandersetzungen keinen Anlaß. Sodann wandte sich die Verhandlung zum Zuckersteuergesetz. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, die Zuckersteuer überhaupt aufzuheben. Außerdem lagen Anträge von Müller-Fulda und Baasche vor, die eine Staffelung der Zuckersteuer zur Ermäßigung der einzelnen Sätze herbeiführen wollen. Von konservativer Seite wurde die Vertagung der Verhandlung beantragt, wogegen die Freisinnigen Widerspruch erhoben. Die Mehrheit beschloß aber, die Verhandlung bis Freitag Vormittag zu vertagen.

Die militärische Auszeichnung, die der Kaiser dem Reichstagsabgeordneten für Saargemünd-Vordach, Baron de Schmid, hat zu Theil werden lassen, wird im „Militär-Wochenbl.“ in folgender Form veröffentlicht:

„Baron Xavier von Schmid, zuletzt in französischen Diensten, der Charakter als Ritter verliehen und ihm gleichzeitig die Genehmigung zum Tragen der Uniform der Offiziere des Kür.-Regts. Graf G. (Rhein.) Nr. 8 mit den für Verabreichung vorgeführten Abzeichen ertheilt.“

Die amtliche Notiz ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswerth. Erstens ist aus dem Herrn de Schmid, als welcher er noch im Reichstagsalmanach steht, nunmehr wieder ein einfacher von Schmid geworden. Sodann fällt die unbestimmte Wendung „zuletzt in französischen Diensten“ auf. Herr de Schmid ist in französischen Diensten nicht Offizier gewesen, sondern gleich vom französischen Wachtmeister zum deutschen Rittmeister avanciert.

Die Beschlagnahme des „Leipziger Generalanzeigers“ und die Verhaftung des Redakteurs Arthur Kleinher wegen Majestätsbeleidigung soll erfolgt sein wegen eines Artikels über den „jüngsten deutschen Rittmeister“. Der Artikel befaßt sich mit der Aufzählung er-

regenden Ernennung des reichsständischen Großindustriellen und Reichstagsabgeordneten Baron de Schmidt zum Ministerialrathe der suite des Deutzer Kavallerieregiments und ist, der „Leipz. Volksztg.“ zufolge, ein widerliches Gemisch von tugendhafter Entrüstung über die Ernennung und überhabaler Gefinnung. Eine Majestätsbeleidigung aber hat unser Leipziger Bruderblatt in dem Geschreibsel nicht zu entdecken vermögen.

Die Deutschen im Ausland und die Regierung. Von einem Freunde unseres Blattes, der schon längere Zeit in Bangkok (Siam) wohnt, werden wir ersucht, folgenden Vorfall zu veröffentlichen, damit das auswärtige Amt in Berlin davon Kenntniß erhält und Abhilfe schafft:

Am 16. d. M. (Der Brief trägt das Datum des 20. März. Red.) verfaßte ein hier schon seit 25 Jahren ansässiger deutscher Herr, welcher sich durch seinen redlichen und patriotischen Sinn, sowie durch Aufheißerung an jedem, einen Deutschen betreffenden Ereigniß einen sich bis ins Innere von Siam erstreckenden Freundeskreis erworben hatte. Da nun hier in dem heißen Klima keine Leiche länger als eine Nacht stehen darf, so war es nicht möglich, dem ganzen Freundeskreis diese traurige Nachricht zur Kenntniß zu bringen, zumal wir auch, nebenbei bemerkt, Sonntag hatten und keine Zeitung zur Verlesung kam. Infolgedessen mußten wir uns begnügen, die Todesnachricht und Begräbniszeit den hier in Bangkok befindlichen Freunden zukommen zu lassen, und das deutsche Konsulat war das erste, welches die Nachricht erhielt, was dann auch durch Erscheinen eines Konsulatsbeamten zum Begleiten der Hinterlassenschaft sich bestätigte. Wir erwarteten nun bestimmt, daß der deutsche Konsul sich durch einen Bureaubeamten beim Begräbnis vertreten lassen werde, was doch hier und anderwärts von jeder anderen hier vertretenen Nation geschehen wäre. Wenn ein englischer Dampfer fremde Häfen anlauft und jemand von der Besatzungsmannschaft gestorben ist, so werden wir immer sehen, daß außer den Kameraden auch irgend ein Beamter des englischen Konsulates im Beisehensfolge vertreten ist. So wird der Engländer von seiner Konsulatsbehörde beachtet. Wie viel mehr hätte nun unserem Verstorbenen die Ehre gegeben werden müssen, wo er sich schon 25 Jahre dem Schutze des deutschen Konsulates anvertraut hatte, sowie sich auch zu jeder Zeit als treuer Dantscher erwiesen hatte! Aber nein, nicht das geringste war beim Begräbnis, welches am nächsten Morgen um 8 Uhr stattfand, von einem Vertreter des deutschen Konsulates zu sehen, und mußten wir, die paar Deutschen, welche der Leiche als Vertreter der deutschen Flagge, mit der man den Sarg geschmückt hatte, zum Grabe nachgefolgt waren, den ebenfalls nachfolgenden Engländern und Schweden auf ihre auf die Nicht-Vertretung des Konsulates bezüglichen Fragen stets mit einem Kopfschütteln antworten. Daß dieser Vorfall nicht dazu beigetragen hat, den deutschen Sinn zu beleben und zu heben, ist selbstverständlich, und möge man in Deutschland nicht immer die Deutschen verdammten, welche sich von dem Deutschthum abwenden und als Dantes oder Engländer im Auslande leben, was denn auch nicht zu den Seltenheiten gehört.

Im Namen verschiedener Deutscher

Ein im Deutschthum erschütterter Deutscher.

Höllingsaugen. Ein Frankfurter Klatsch- und Revolverblatt, das gelegentlich seine Seelenreinheit durch byzantinisches Schweigen zu dokumentiren sucht, erzählt eine rührende Geschichte von der Saalburg. Dort wurde bei den Ausgrabungen ein römischer Horn gefunden, und die Umgebung des Kaisers konnte mit dem besten Willen keinen Ton aus dem Blasinstrument hervorlocken. Der Kaiser ließ darauf einen Arbeiter, der beim Militär als Hornist gebient hatte, rufen und gab ihm auf, seine Blasinstrumente zu zeigen. Auch dieser Bläser konnte dem Hornstunde nicht einen Ton entlocken, worauf der Kaiser dem Mann das Horn abnahm und sich selbst mit Blasen versuchte. Der Chronist meldet noch, daß es die Umgebung des Kaisers „lebhaft bemerkt“ habe, daß der Kaiser das Horn, ohne es vorher abzuschauen, an die Lippen gesetzt habe. — Was Höllingsaugen nicht alles bemerken und Höllingsfedern nicht alles zu vermelden wissen.

Herr Potts ist nicht unsympathisch. Offiziös wird mitgeteilt: „Unter Berufung auf ein deutsch-amerikanisches Blatt ist in der deutschen Presse aus Newyork die Angabe verbreitet worden, daß Sr. Majestät dem Kaiser die neue amerikanische Marine-Attacke Potts höchst unsympathisch sei“ und daß die persönliche Korrespondenz hinauszugeschoben werden solle, „weil Potts in der Schley-Affäre gegen Schley gewesen sei“. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß an dieser Erzählung kein wahres Wort ist.“

Die zweijährige Dienstzeit ist noch viel zu lang, wie folgende Meldung aus Stuttgart zeigt: In der württembergischen Kammer wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, welcher angeht die Arbeitermangel auf dem Lande eine möglichst weitgehende Heurteilung von Soldaten während der Ernte und eine thunlichste Verwendung der Einberufung von Mannschaften des Reichslandwehrstandes während der Erntezeit verlangt. — Es giebt doch Arbeitslose genug, die gern während der Erntezeit einige Riesel verdienen würden.

Die Alldeutschen haben am Sonntag in Eisenach einen Verbandstag abgehalten, auf dem sich ihr Vorsitzender Professor Dr. Halle darüber beklagte, daß dem Verbande Niemand die Hinwirkung für die heutige Regierungspolitik dankt; eher schüttle man ihn ab, wo man könne.“ Die Versammlung! Undank ist der Welt Lohn. Anher Herr Professor Halle sprach noch ein Oberstleutnant, ein Professor, ein Kolonialdirektor, ein Pastor und andere Verbündeter theils gegen die amerikanische Politik, theils zu Gunsten der Alldeutschen in Deutschland, theils für die neueste Kolonialpolitik, für die sie sich in einem Telegramme an den Kaiser Kaiser als vornehmlich begeisterten; schließlich machten sie auch in Kolonialpolitik. „Romisch“ und „hierbauliches“ nannte Professor Halle — wir greifen dies heraus, um den Ton zu kennzeichnen, in dem sich der alldeutsche Chemismus erging — die deutsche amtliche amerikanische Politik. Nordamerika sei und bleibe ein Ort deutscher Kolonialpolitik. Dort „deutsche Kultur“ pflügen zu wollen, sei eine Sache im ewig jähwiederkehrenden Sinne.“ Zum Schluß ließ Halle das deutsche Volk leben, das Beste am ganzen Kongresse, denn dieses deutsche Volk will von der ganzen alldeutschen Weltverbesserungsplänen gar nichts wissen.

Seine politische Nachrichten. Die Reichstags-erwahl für den Sachseher Wahlkreis, wo für die bei dem Reichstagswahlgesetz getheilte Wahlkreise die Wahlkreise des Reichstags gewählt werden, ist am 2. Juli abgehalten. — Der „Vollst.“ wird mitgeteilt, daß der Abgeordnete Dr. Baffermann sich bei der Wahl nicht hat, daß er den Wählern, die zu dem Wahlbezirk gehören, nicht länger entgegen. — Der „Vollst.“ von Mainz hat die an-

staltlich seines fünfzigsten Geburtstages allgemein erwartet und bereits halbamtlich angekündigte Amnestie in Reich längerer und älterer Sinne nicht erlassen. — Im Reichenberger Kohlenbergwerk, das dem bayerischen Staat gehört, verunglückten zwei Bergleute durch Explosion in Schlagen der Wetter; einer ist bereits gestorben. — Infolge Meuterei wurden auf dem Schiffe „Flecha“ an der sibirischen Küste der Kapitän nebst Frau und Kind, der erste und zweite Steuermann sowie der Steward von der Mannschaft des Schiffes ermordet. Hieran wurde das Schiff von den Meuturern durch Anbohren zum Sinken gebracht. Die Thäter flüchteten in die Berge. — Der Abrüstungsvertrag zwischen Argentinien und Chile ist am Dienstag in Buenos-Ayres unterzeichnet worden. Für etwa entstehende Streitfragen zwischen den beiden Staaten ist die englische Regierung zum Schiedsrichter ernannt worden.

Rußland.

Hungerstreik in den Gefängnissen. Zarische Kasematten sind auch nicht im Stande, die schwellenden Wogen des Aufwuhrs zu fesseln. In den Gefängnissen mehrten sich die Hungerstreiks; sie reden eine lautere Sprache als alle Beschreibungen über die Mißhandlungen und Rohheiten, denen die politischen Eingekerkerten unterworfen sind. Die ersten Monate dieses Jahres haben mehr dieser heimlichen Kämpfe in den Kerkermauern gesehen, als all die letzten Jahre zusammen, und die Predwarilla (Untersuchungsgefängnis) in Petersburg, das Butirki-Gefängnis in Moskau, die Arreststrafen von Kiew und Charkow, sie alle haben in diesem Jahre im Hungerfieber liegende Menschen beherbergt. In dem Lazareth des Butirki-Gefängnisses befinden sich gegenwärtig einige, die noch jetzt an den Folgen des Hungerstreiks vom Monat Februar leiden. Der Zustand eines von ihnen, des Dr. Sobolew, ist, wie gemeldet wird, ein derartiger, daß wenig Hoffnung vorhanden ist, ihn am Leben zu erhalten. Und durch die Eisengitter und Mauerlücken dringt wieder die Kunde über einen neuen Fall dieser Art des Protestes. Das rohe Benehmen der Gefängnispolizisten, die Beschimpfung der eingekerkerten Frauen und Mädchen haben die Inhaftirten gezwungen, wieder einmal zu dem letzten Mittel, dem Hungerstreik, zu greifen. Das Komitee der sozialdemokratischen Partei Rußlands in Seltaterinoslaw verbreitet ein Flugblatt hierüber, aus dem wir, nach der „Leipz. Volksztg.“, die folgenden Stellen entnehmen:

Schon 7 Tage dauert in dem Gefängnis in Seltaterinoslaw der Hunger der Eingekerkerten. Begreift doch alle, in denen von Euch die tödtende Silaberei noch nicht das Menschlichkeitsgefühl angesprochen hat, begreift, was der langsame qualvolle Tod von Menschen bedeutet, die noch reich an Kraft und Hoffnung waren. Einige von ihnen sind schon am Hungertypus erkrankt, und wie viele wird er nicht noch ins Grab bringen. Es ist über das Schicksal der 75 sich selbst aufopfernden Menschen furchtbar zu denken und die Räuber, die über unsere Heimath herrschen, sprechen zu uns hochschlend: „Warum hungert ihr, das Gefängnis ist kein Palast.“

Nachdem die verschiedenen Gemeinheiten aufgezählt sind, die die Verhafteten zwangen, zu der Waffe des Hungers zu greifen, schreibt das Komitee weiter:

Bei solchen Erniedrigungen und Beleidigungen hätten die Eingekerkerten so wie so ihre menschliche Selbstachtung verlieren müssen. Sie mußten hinflehen und darum haben sie recht, tausendmal recht, wenn sie beschließen, besser auf einmal zu sterben, als den Feinden zu erlauben, sich an ihnen in ihren Geankheiten zu üben. Und so liegen jetzt die Eingekerkerten in ihren Zellen in Fieber und Irrethum, kraftlos von den Reiben des schmerzhaften Hungers; ihr Reich des Leidens ist aber noch nicht bis zur Höhe gelangt. Den Entschlossenen der Eingekerkerten hat der Gefängnischef selber das Essen gebracht und hat zu ihnen lächelnd gesagt: „Ich weiß, Ihr werdet es nicht zu Euch nehmen, doch riecht es wenigstens, market Euch etwas, indem Ihr die Sprache vor Euch seht.“ Die Eingekerkerten warfen das Essen zu Boden, dafür steckte man sie in dunkle, stinkige Zellen, die sog. Karzer. Hierüber empört, schlugen ihre Kameraden in ihren Zellen die Fenster ein und zerschritten sich die Hände. Es erschien nun Graf Keller, der sich schon durch die Niederwerfung zweier Demonstrationen hier herabgemacht hat und befahl, das Essen in seiner Abwesenheit zu bringen. Als auch jetzt die Eingekerkerten ihr Verhalten nicht änderten, schrieb seine Excellenz mühsam auf: „Kein Nachgeben; Tod ihnen allen!“ Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß viele, gleich nachdem sie über die Schwelle des Gefängnisses treten, kurzen Prozeß mit ihrem Leben machen. So hat auch ein Genosse der sozialdemokratischen Liga, der mit einem Wägetransport auf der preußisch-russischen Grenze gefaßt wurde, gleich am zweiten Tage, nachdem er den Helfershelfern des Abschlusses in die Hände gefallen war, sich in dem Gefängnis von Wilkomir durch Erhängen das Leben genommen. Es besteht aber auch ein anderer Verdacht. Ist unser Genosse, schreibt das Organ der Liga, durch graziöse Mißhandlungen in den Tod getrieben worden oder ist er zu Tode gemartert und dann erhängt worden, wie das kürzlich mit einem Arbeiter von Lodz, J. Pafal, geschah? In jedem Fall bedeutet dieser Tod ein neues Verbrechen der zarischen Polizei.

Oesterreich-Ungarn.

Bergarbeiterstreik. Seit Montag streiken, wie aus Jallanan an der Eger berichtet wird, 700 Grubenarbeiter der Firma Stark in Unter-Reichenau wegen Lohnminderungen und Entlassung zweier Arbeiter.

Niederlande.

Das Fluchen beim Militär. „Der Militär, der vorzüglich einen Untergebenen anspricht, beschimpft oder in seiner Gegenwart verspottet, wird mit Gefängnis bis zu neun Monaten bestraft. Wurde das Vergehen im Dienst begangen, so folgt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und sechs Monaten.“ Zu diesem Artikel des Gesetzentwurfs zum militärischen Strafrecht hatten vier Antirevolutionäre beantragt, die Worte „gegen ihn flucht“ einzufügen. Hierüber entspann sich unter den Christen der verschiedensten Richtungen ein Disput, der damit endete, daß das Amendement in „ihm anspricht“ abgeändert, und damit mit 48 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Namens der sozialdemokratischen Fraktion wurde von Jughenholz beantragt, auch die Beleidigung Untergebener durch Vorgesetzte unter Strafe zu stellen, entsprechend den in einem anderen Artikel des militärischen Strafrechts festgesetzten Strafen für Untergebene, die ihre Vorgesetzten beleidigen. Dieses Amendement wurde jedoch mit 50 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Frankreich.

Der Rücktritt des Cabinets Waldeck-Roussseau wurde im Ministerrath am Mittwoch nurmehr definitiv beschlossen; das Ministerium sagt die Geschäfte bis zur Ernennung des neuen Cabinets vorläufig kommissarisch weiter. Die offizielle Mitteilung der Demission wurde noch bis Montag verzögert, um es, wie die „Leipz. Volksztg.“ erfahren haben

will, Doubet zu ermöglichen, über Sonntag zum Besuch seiner Mutter nach Montelimar zu reisen.

„Auch ein Attentäter?“ Als am Dienstag Oberpräsident Doubet von seiner Auslandsreise zurückkehrte und mit Waldeck-Roussseau nach dem Elysee fuhr, drängte sich ein junger Mann an den Wagen, um Herrn Doubet ein Schrifstück zu überreichen. Bei seiner Verhaftung gab er an, Blanc zu heißen und die Absicht gehabt zu haben, Doubet eine Liste über die einzuzuführenden Formen zu überreichen.

Die alljährliche Gedenkfeier der blutigen Woche auf dem Pere-Lachaise-Friedhof in Paris, die am letzten Sonntag stattfand, bot dasselbe empörende Schauspiel wie immer in den letzten fünf bis sechs Jahren. Das Pariser Proletariat darf nicht seine Todten unbefestigt ehren. Die Manifestanten werden in kleine Gruppen getheilt, die zwischen ein Polizeipalier stumm bis zur Föderierten-Mauer zu besetzen haben. An der Mauer dürfen keine Reden gehalten werden. Jeder Nachruf auf die Kommune wird mit Verhaftung oder einem Verhaftungsversuch geahndet. Am Sonntag hat sich die Polizei vielleicht noch brutaler an herausfordernder benommen als sonst — wohl zur Ehre der nunmehrigen Vollenbung des Werkes der republikanischen Vertheidigung.“ Der Kranz des guesdistischen Parteivorstandes wurde unterwegs beschlagnahmt wegen seiner Inschrift: „Den von der Bourgeoisclasse Ermordeten.“ Etwa 40 Teilnehmer wurden verhaftet, darunter der neugewählte sozialistische Abgeordnete Dr. Meslier. Etwa 10 Verhaftungen wurden aufrecht erhalten. Auf dem Rückweg organisierte Präsekt Lepine noch einen regelrechten Sturm auf ein Restaurant, wo zurückgekehrte Manifestanten beisammen saßen. Angehts der systematischen Demüthigung des proletarischen Gedenkfeiern durch die Polizei ist es begreiflich, wenn in der „Aurore“ die Frage aufgeworfen wird, ob es nicht besser wäre, auf den Besuch der Föderierten-Mauern zu verzichten, um sich mit Gedenk-Verfammlungen zu begnügen.

Die „größte Gaunerei des Jahrhunderts“, wie Waldeck-Roussseau vor vier Jahren den Humbert'schen Erbschaftsschwindel genannt hat, scheint sich mit anderen Verbrechen verwickeln zu wollen. Man bringt den Mord des Siller Bäckers Schotzmanns, der 1899 im Bahnhofsgegend getödtet wurde, damit in Zusammenhang. Der Mord ist nie aufgeklärt worden. Man erzählt jetzt, Schotzmanns habe der Humbert 1896 drei Millionen geliehen, die 1899 zahlbar waren. Der Mord geschah unmittelbar vor der Fälligkeit dieser Schuld und fiel mit der sonst nicht zu begründenden Anwesenheit Romain Daurignacs, eines Bruders der Humbert, in Lille zusammen. Aus dem Hintergrund taucht auch die Gestalt von Humbert Vater, dem großen Juristen und gewesenen Justizminister, in immer sonderbarer Beleuchtung auf. Es wird allgemein behauptet, er sei der eigentliche Erfinder der Gaunerei gewesen, habe sie durch standesamtliche Fälschungen eingeleitet, durch sein persönliches Ansehen gefördert und durch seine Verbindungen in der Welt der Richter aufrechterhalten. — Leute, denen die Affäre Humbert noch nicht romantisch genug ist, suchen sie fortwährend mit weiteren Affären zu verquicken. So hat das Abendblatt „Presse“, das seine eigene Sensationsnummer haben will, Madame Humbert beschuldigt, sie habe ihren kleinen Nefen, den Sohn ihrer Schwester, der vor einer Reihe von Jahren erhängt aufgefunden worden, ermorden lassen.

Spanien.

Die erste Ministerkrisis unter Alfons XIII. ist Dienstag zum Ausbruch gekommen. In einem mit wichtigen programmatischen Entscheidungen beschäftigten Ministerrathe betonte der Handelsminister Canalejas nachdrücklich die Nothwendigkeit, die Cortes (Parlament) einzuberufen, um die schwelenden Fragen, die religiöse, die soziale und die Regionalismus, zu beraten. Als er aber Sagasta und den übrigen Ministern gegenüber mit seiner Ansicht nicht durchdrang, reichte er seine Entlassung ein. Darauf stellten auch alle anderen Minister Sagasta ihre Portefeuilles zur Verfügung, um die Lösung der Krisis zu erleichtern. — Canalejas hatte schon vor dem Regierungsantritt Alfons XIII. seine Entlassung geben wollen. Er war bewogen worden, einstweilen noch von diesem Schritt abzusehen, damit die Kabinettskrisis nicht in die Festtage falle. Die Uebertüchtung der Gegenstände im Schoße des Ministeriums Sagasta konnte aber nur von kurzer Dauer sein. Die Amtsniederlegung des liberal angehauchten Handelsministers Canalejas läßt die Annahme zu, daß der Kurs der Regierung künftig noch mehr wie bisher von der Rücksichtnahme auf liberale Interessen bestimmt werden wird.

Türkei.

Der Aufstand der Araber in Yemen wächst. Das Haupt der Aufständischen, Hamid-Eddin, soll nach einer Meldung der russischen „Kowoje Wremja“ 150 000 Mann befehligen, die hinreichend mit Martingewehren und Krupp'schen Geschützen ausgerüstet sind. Die Aufständischen wollen Hamid-Eddin zum Kalifen ausrufen. Verschiedene arabische Scheichs am Hofe des Sultans sollen heimlich mit Hamid-Eddin sympathisiren. Eine besondere, nach Yemen entsandte Gesandtschaft bestehend aus dem Araberscheich Hassan Halid und dem Divisionsgeneral Mustapha Pascha telegraphirte nach Konstantinopel, daß sie über Hoddeida nicht hinauskomme, da die Wege nach Sanaa sich in den Händen der Rebellen befinden.

Transvaal.

Die Friedensproklamation wird in England für Freitag, also morgen, erwartet, an welchem Tage der Geburtstag des Königs ist. — Vier Depeschenreiter der Buren, die beglaubigte Depeschen aus Europa an die im Felde stehenden Burenführer befördern sollten, wurden, wie aus Pretoria gemeldet wird, in der vergangenen Woche von englischen Reitern abgefangen. Zwei Depeschenreiter wurden bei dem Versuch, zu entkommen, erschossen. Alle Depeschen fielen den Engländern in die Hände. — Nach einer Depesche der „Times“ aus Pretoria hat sich am Dienstag bei Balmoral die gesammte Mannschaft von Bindous Kommando, 81 Mann an der Zahl, ergeben. Bindous selbst, der sich als Eisenbahnzerstörer berühmt gemacht wurde bereits vor einiger Zeit gefangen genommen.

Der Hungertod im Armenhause.

Emile Zolas Roman „Mutter Erde“ ist eine klassische Naturgeschichte des Bauernvolkes. Gegen das Ende dieses Romans, der in dem französischen Landstrich Beauce spielt, aber ganz wohl auch in bestimmten Theilen Deutschlands spielen könnte, wird erzählt, wie ein wohlhabender Bauersmann dem neuen Pfarrer sagt: „Wir haben eine arme, sehr kranke Frau im Dorf, sie ist ganz allein, hat nicht einen rothen Heller . . . Kofalte die Stuhlflechterin . . . Ich habe ihr Fleischbrühe geschickt, aber ich kann nicht alles thun.“ Das Anliß des Priesters gewann einen milden Ausdruck . . . er suchte in seinen Tassen, fand aber nicht mehr als sieben Sous. Und er borgte sich von dem wohlhabenden Bauern, dem Ortsbürgermeister, zehn Franken, um die arme kranke Frau, der der reiche Mann eine Suppe gespendet hatte, nicht umkommen zu lassen. Dieser Pfarrer ist jedenfalls mehr werth und ein besserer Diener der christlichen Nächstenliebe als der Pfarrer Bergler in Neutkirchen, der (wie bereits von uns kurz berichtet. Red. d. „L. B.“) wegen seiner Mitschuld daran, daß im Dorf-Armenhause ein geisteschwacher junger Mann dem Hungertod sterben mußte, vom Amberger Landgericht zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist. Herr Pfarrer Bergler ist zwar Vorstand der Armenpflege, aber der einzige männliche Inhaber des Armenhauses bekommt weder Heizung, noch Nahrung; als Lagerstätte hatte er ein Bündel, das einige für ein Strohbindel hielten und andere für einen Misthaufen. Der Herr Pfarrer hat sich um den Unglücklichen nicht gekümmert; er hatte zu viel mit der „Seelsorge“ zu thun, und als der Verhungerte ans Sterben kam, da hat der gute Hirte sich eben nur um die geistlichen Bedürfnisse des Kranken gekümmert. Und dann ist der Kranke dem Hungertod gestorben.

Es ist ein größliches Bild menschlicher Entartung, das uns dieser Amberger Prozeß aufrollt. Und wieder müssen wir an Zola denken, der den alten Landarzt Finet im Borne über den unendlich schmutzigen Bauernjungen, der die Wurzel schwerer Uebel und schließlich auch schwerster Verbrechen ist, ausrufen läßt: „Glenbes Gefindel, diese Bauern!“ Natürlich wollen wir nicht verallgemeinern. Aber die Leidenschronik der Mitleidensleute spricht auch in Deutschland eine traurig herbe Sprache von der unheimlichen Stärke des Geizes und der Habgier der Bauern, und die Leidens- und Sterbensgeschichte des Neutkirchener Ortsarmen Graf ist auch ihrerseits ein so scharf kennzeichnender Beitrag zur Erkenntniß der Bauernnatur, daß es verlohnt, sie zu erwähnen und ihrer zu gedenken, wenn man uns wieder von der Frömmigkeit und dem Wiederwille der Bauern redet, die dem verdorbenen Großstädter mit dem frischen Erdbgeruch ländlicher Sittenreinheit Heil und Rettung bringen könnten.

Der Ortsarme Graf war, da seines geistigen Gesundheitszustandes wegen dies nöthig geworden, auf Kosten seiner Gemeinde in einer Anstalt untergebracht. Die 200 Mark, die das alljährlich erforderte, wurden übrigens nicht von der Gemeinde allein aufgebracht, sondern zum Theil von Verwandten. Dem Herrn Bürgermeister aber, der jährlich 280 Mark Steuern zahlt, ging's zu Herzen, daß man das schöne Geld der Gemeinde für einen armen Menschen bezahlte. Und da der Bürgermeister mit der Macht seines Geldsacks die Gemeindevertretung vollständig beherrscht, so setzte er's ohne weiteres durch, daß man den armen Kranken aus der Anstalt, wo er seine rechte Pflege hatte, fortnahm und ins Dorfarmenhaus sperrte. Rechte Pflege! Das ist's ja eben! Bei rechter Pflege ist ja kein Ende des Zahlens abzusehen, und so dachte man wohl mit dem Preußenkönig, der seinen in der Schlacht zagenen Soldaten zuruft: „Hallunken, wollt Ihr denn ewig leben?“ Also man brachte den armen jungen Graf ins Armenhaus.

Der Herr Pfarrer hat die Leitung der Armenpflege und hatte somit die Pflicht der Fürsorge. Aber der Herr Pfarrer hat sich, wie er vor Gericht angab, auf seinen Vertreter ver-

lassen. Sothaner Vertreter bestreitet, irgend einen Auftrag erhalten zu haben, sich um den Armen zu kümmern. Da ist ja aber noch der Gemeindevorsteher. In seiner Dienstankündigung steht aber nichts von der Armenpflege; also kümmert auch ihn der verkommene, hinfiehlende, in Schmutz und Ungeziefer erstickende, verhungerte Ortsarme nicht. Also, wer um des Himmels willen ist denn nun unter allen diesen Deuten, die mustergiltige Kirchenfromme sind, niemals von dem Wege der Religion abzuweichen, sich fleißig bekreuzen und bei keinem Gottesdienste fehlen, denen zudem der brave Pfarrer unausgeseht seine Seelsorge zu Theil werden läßt, wer ist unter ihnen, der sich dieses Armen annimmt? Der Arme hat natürlich keine Mutter mehr. Denn lebte sie, so würde sie lieber sonst etwas thun, als den Sohn derart verelenden zu lassen. Weit gefehlt. Es ist doch eine Mutter da, eine fromme Mutter. Sie wohnt im Dorfe und hat sich im Laufe von drei Viertel Jahren sage und schreibe ein Mal um den Sohn gekümmert. Noch eine andere Frau greift in ihrer Weise in das Trauerspiel ein. Im Armenhause wohnt die Ortsarme Frau Bürne. Sie läßt den jungen Menschen auf dem Mist liegen und hungern, und als er einmal seinen Hunger mit rohen Weizenkörnern zu stillen sucht, nimmt die gemüthliche Wittib sie dem Aermsten fort und mißhandelt ihn. Ehret die Frauen! Sie sind die berufenen Samaritanerinnen.

Aber die treibende Kraft bei all diesem Jammer und diesen Jämmerlichkeiten war der Herr Bürgermeister Lautenschlager, des frommen Zentrums wahrhafter Rede, der einseitige erhabene „Volksvertreter.“ Wie er es herbeigeführt hat, daß Graf aus der Anstalt weggenommen und in das Neutkirchener Armenhaus gesteckt wurde, so hat er es verhindert, daß die Gemeindevorsteher die Rücksendung Graf's in die Anstalt beschloffen. Der Gemeindevorsteher Moritz sagte mit Bezug hierauf vor Gericht: Die Kleinen müssen thun, was die Großen wollen; — und der Staatsanwalt hat, als er die ungeheuerliche Thatsache feststellte, daß in einem reichen Dorfe mitten unter anderen Menschen ein Mensch Hungers sterben muß, sehr deutlich und scharf auf die überragende Macht des bürgerlichen Geldsacks hingewiesen. Als es sich darum handelte, für den schwer erkrankten Armenhäusler einen Arzt zu befragen, hat der Bürgermeister dies nicht gethan; das hatte angehtlich der Pfarrer übernommen, der wiederum sich auf seinen Vertreter verlassen hatte, der wiederum an den Gemeindevorsteher gedacht zu haben scheint, der wiederum in seiner Dienstankündigung nichts von Armen sehen hat und darum keine Armen kennt. Der Herr Bürgermeister Lautenschlager hat vor Gericht erklärt, Graf, der Verhungerte, sei sehr zufrieden gewesen. Sicherlich! Das Mistlager, die nassen, feuchten Wände waren ja ein paradiesischer Aufenthalt und die Luchreste und Getreidekörner, mit denen der Aermste dem Verhungern entgegen wollte, die reine Götterspeise!

Hui Teufel! Das plarrt seine Gebete und weiß doch nichts von dem rechten Geist des Christenthums, nichts von der werththätigen Menschenliebe, die werthvoller ist, als alle Wort- und Sportfrömmigkeit. Sie führen beständig Jesus im Munde, von dem Hirsche in den „Stunden der Andacht“ sagt: „Er war gekommen, daß er diene und sein Leben opfere für viele.“ Diese „taubstolzen“ Frommen opfern anderer Wohlfahrt und Leben um schöner Pfennige willen und giftige Selbstsucht ist ihres Wandels Leitstern und Licht. („B. Stg.“)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Zimmerer Braunschweig sind am Montag in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer die Forderung einer Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde abgelehnt haben, nachdem schon seit Wochen Verhandlungen mit der Innung stattfanden. Die Ausständigen ersuchen ihre Kameraden allerorts, für Fernhaltung des Zuguges zu sorgen. — Die

Dreslauer Schiffszimmerer beschlossen, die Erhöhung des Stundenlohnes um einen Pfennig, die ihnen von den Privatmeistern zugesprochen worden ist, vorläufig anzunehmen, erklärten aber, daß sie ihre letzte Entscheidung in der Sache davon abhängig machen, wie sich die Gesellschaften zu der Lohnerhöhung stellen. — In Zeulenroda sind am Montag 90 Holzarbeiter in den Streik eingetreten, davon sind 73 Tischler, 8 Bildhauer, 9 Drechsler und Polierer. Organisiert sind 86. — In Kassel streikten die Dachdecker. — In Lemberg ist ein Bauarbeiterstreik ausgebrochen. — Der Streik der Steinarbeiter auf Bornholm und in Kopenhagen ist noch immer nicht beendet. Es stehen auf Bornholm noch 250 Mann im Streik. In Kopenhagen beträgt die Zahl der Streikenden 60. — Die „Fabrikantenvereinigung“ zu Enschede (Holland) hat einstimmig beschlossen, daß die Spinnereien und Webereien ihrer Mitglieder vom 9. Juni d. J. ab an jedem Freitag und Sonnabend geschlossen werden sollen, um die Arbeiter der Firma Van Heel zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Durch diesen Beschluß würden, wenn er zur Ausführung kommt, etwa 6000 bis 7000 Arbeiter betroffen werden. Zwei Fabrikanten, die zusammen 400 Arbeiter beschäftigen, sind nicht Mitglieder der Fabrikantenvereinigung. Die Ankündigung der Fabrikanten ist von den Arbeitern sehr ruhig aufgenommen worden. Man ist allgemein der Meinung, daß der Termin für die Bewirkung der Maßregel so weit hinausgeschoben wurde, weil die Herren die Hoffnung hegen, daß der Konflikt bis dahin beigelegt sein wird.

Maifeiern, welche am 2. Mai entlassen worden waren und deshalb ihre Arbeitgeber verklagt hatten, sind mit ihren Lohnforderungen vom Gewerbegericht in Berlin abgewiesen worden. Das Feiern am 1. Mai ist also nach diesem Entscheid ein Entlassungsgrund.

Der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung, der bereits 11 Wochen dauert, ist in ein neues Stadium getreten. Während sich die Holzarbeiter bisher damit begnügt hatten, den Nachweis der Innung zu meiden und die Entlassungscheine zurückzuweisen, drängen viele Mitglieder darauf hin, durch Arbeitsniederlegung die Tischlermeister zu zwingen, vom Innungsnachweis keine Gesellen zu beziehen. In einigen Werkstätten kam es aus den angeführten Gründen bereits zum Streik. An Unterstützung derjenigen Mitglieder, die den Innungsnachweis nicht benutzen und in Folge dessen keine Arbeit erhielten, sind in den 11 Wochen 46 300 Mk. ausgezahlt worden. Der größte Theil dieser Summe ist durch Extrabeiträge aufgebracht worden. Obgleich die Geschäftskonjunktur eine sehr schlechte ist, hat der Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes im April 1902 drei Mal so viel Stellen vermittelt als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Benutzung des Verbandsnachweises zeigt in den letzten drei Monaten eine steigende Tendenz. Das ist eine Folge des Kampfes gegen den Innungsnachweis. Arbeitslose sind durchschnittlich 500—600 eingezeichnet. Außer dem vom Nachweis des Verbandes vermittelten Gesellen melden sich wöchentlich etwa 200 ab, die ohne Schein des Innungsnachweises in Arbeit treten. Mit großer Majorität nahm die letzte Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes einen Antrag an, nach welchem die Ortsverwaltung ermächtigt wird, den Werkstätten, in denen die Mitglieder wegen Einstellung von Gesellen durch den Innungsnachweis die Arbeit niederlegen wollen, nach Abwägung der in Frage kommenden Bedingungen die Zustimmung zum Streik geben zu können.

Keine Besserung der wirthschaftlichen Lage. Als Beweis dafür, daß das Geschäft in Oberschlesien etwas besser gehe, war kürzlich unter anderem angeführt worden, daß der neuerbaute vierte Hochofen der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft nächstens in Betrieb gesetzt werden solle. Hierfür war der letzte Montag in Aussicht

Muttersohn.

Roman von Arthur Sapp.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Der Prozeß Köster nimmt einen schnellen Verlauf. Da der Arrestant sich freiwillig gestellt hat und ein offenes Geständniß ablegt, finden nur wenige Vernehmungen statt. Die Einzige, die den Angeklagten im Untersuchungsgefängniß besucht, ist seine Mutter. Otto erschrickt bei ihrem Anblick aufs Tiefste. Ein brennender, fast unerträglicher Schmerz durchfährt seine Brust. Das ist sein Werk. Wenige Wochen haben die künftige, lebhaftige Frau zur Greisin gemacht. Ihr dunkles, bisher nur mit wenigen Silberfäden durchzogenes Haar ist schneeweiß geworden. Ihre Haltung ist gebeugt, und nur mühsam bewegt sie sich vorwärts. So sehr sie sich auch Mühe giebt, es zu verbergen: auf den ersten Blick sieht es der Erschütterte, daß sie zur siechen, hilflosen Greisin geworden. Noch nie hat er so bitter bereut, was er gethan, als in diesem Augenblick. Stöhnend schlägt er die Hände vor sein Gesicht und bricht in ein heftiges Weinen aus.

„Aber Otto — Ottoppen!“ ruft die alte Frau und umfaßt ihn und streichelt ihn. „So fasse Dich doch, so weine doch nicht so, mein guter, mein lieber, mein armer Otto! Es wird ja nicht so schlimm werden. Ich habe ja schon mit dem Untersuchungsrichter gesprochen. Daß Du Dich selbst gestellt hast, das rechnen sie Dir sehr zu Deinen Gunsten an. Ich hab's ihm ja auch gesagt, dem Herrn Richter, daß Du gar nicht so sehr schuld bist. Mein Gott, was hättest Du denn damals thun sollen? Gutwillig hätte Dir ja Vater das Geld doch nicht gegeben. Vater und ich, wir sind viel mehr schuld als Du. Wenn ich's nur von Dir nehmen könnte, Ottoppen! Wenn ich nur wüßte, was ich thun soll, Ottoppen!“ Sie streichelt ihm die Wangen und läßt ihn. Und er drückt sie ergriffen an sich, und das Be-

wußtsein, daß es noch ein Herz giebt, das trotz alledem treu an ihm hängt, erhebt ihn vor sich selbst. Wenn ihn auch alle andern schmähen und verachten und verlassen, die Liebe der Mutter kann ihm nichts in der Welt rauben. — Für sie bleibt er immer der Schuldlose, der Bedauernswürthe. In ihren Augen hat jeder andere mehr Schuld an der That als er selbst.

Schon vier Wochen später findet die Verhandlung gegen Otto Köster statt. Der Urtheilspruch lautet milde genug auf ein Jahr Gefängniß. Während Otto in dem abstumpfenden ewigen Einerlei des Gefängnislebens seine Tage in einem Zustand dumpfer Ergebung hinpflanzt, ist die Mutter für ihn unermüdblich thätig. Sie reunt von Pontius bis zu Pilatus, und mit ihren Bitten und Gnadengesuchen weiß sie es auch richtig dahin zu bringen, daß ihm die letzte Hälfte der Strafe im Gnadenwege erlassen wird. Die Mutter ist es auch, die ihn in Begleitung Karls vom Gefängniß abholt, als die schwere Zeit der Haft überstanden ist. Sie geleitet ihn in ihre Wohnung in der Rügener Straße. Mit großer Mühe hat sie dem Vater, der von seinem Jüngsten nichts mehr wissen will, die Erlaubniß abgerungen, daß Otto einstweilen bei ihnen eine Zuflucht findet. Mit einem kalten, starren Kopfnicken begrüßt der alte Köster den Heimkehrenden. Er reicht ihm nicht die Hand, er richtet nicht eine einzige Frage an ihn. — Zu bitter hat es ihn getroffen, daß der Leichtsinrige alle Opfer, die man ihm gebracht, so übel vergolten hat. Sein strenger, ehelicher Sinn kann es noch immer nicht verwinden, daß sein Sohn, sein eigen Fleisch und Blut, zum Diebe geworden ist.

Auch Konstanze und ihr Vater verharren noch immer in Groll gegen den Schuldbeladenen, der ihnen, der der ganzen Familie so große Schmach zugefügt hat. Kammergerichts Rath Göring hat sich pensioniren lassen und fährt mit seiner Tochter ein zurückgezogenes Leben. Otto befindet sich während der ersten Tage noch im Taumel. Ihn ist zu

Mathe wie dem Blindgewesenen, dem plötzlich das Augenlicht wiedergekehrt ist. Er weiß noch nicht, wie er sich der wiedererlangten Freiheit bedienen, was er beginnen soll, was nun werden wird. Endlich — zwei Wochen sind inzwischen vergangen — findet er den erlösenden Gedanken. Daß er jemals wieder in der Heimath eine seiner Bildung angemessene Stellung erlangen könnte, scheint ihm ausgeschlossen. Ueberall würde ihm die Vergangenheit hindernd im Wege stehen.

Ein neues Leben muß er beginnen an einem Ort, wo ihn niemand kennt, wohin kaum je die Kunde von dem, was er einst im Leichtsinne der Jugend verbrochen hat, dringen wird.

Der Gedanke belebt ihn, richtet den Verdüsterten, Verschüchternen, der in der Gegenwart anderer kaum zu sprechen, kaum den Blick zu erheben wagt, förmlich wieder auf und löst ihm neue Hoffnung, neuen Lebensmuth ein. Als er seiner Mutter zum erstenmal von seinem Entschluß spricht, auszuwandern, sieht sie ihn ungläubig, befürzt an.

„Nach — nach Amerika willst Du, nach Amerika?“ stammelt sie entsetzt und hebt die ineinandergeschlungenen Hände flehend zu ihm empor.

„Nein, nein, das wirst Du mir, das wirst Du Deiner alten Mutter nicht anthun, Ottoppen!“ Amerika! Das ist für die alte Frau so gut wie aus der Welt. Aber als er ihr nur seine Gründe auseinandersetzt, als er ihr erklärt hat, daß er in der Heimath doch nie mehr froh werden könne, da beugt sie ergeben ihr Haupt. „Du hast recht, mein Sohn,“ sagt sie. „Ich dachte nur an mich und nicht an Dich und Dein Glück. Du hast recht. Wenn ich Dich auch nicht wiedersehen werde und auch sonst nichts für Dich werde thun können, beten kann ich doch für Dich. Und in Gedanken werde ich immer bei Dir sein.“ Otto hat nur noch den einen Wunsch: sein Kind und seine Frau noch einmal zu sehen. Wenn Konstanze ihm die Hoffnung mit auf

genommen. Allein der Beginn des Betriebes ist abermals auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der Revers besichtigt. Auf dem eben in Berlin abgehaltenen XII. Delegirtenstag der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde der alte Revers endgültig begraben. Der Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter ist der stärkste innerhalb des Gesamtverbandes; er hat fast so viele Mitglieder (39 000) wie alle fünf Dunderschen Gewerbevereine anderer Berufe zusammen. Was die Maschinenbauer thun und lassen, ist daher beinahe Vorbildlich für alle anderen Berufsvereine. Mit 22 gegen 8 Stimmen wurde dem Revers, trotz gewaltigen Lamentos des Verbandsanwalts Max Girsch, die absolut unpolitische, durch ihre Selbstverständlichkeit beinahe nichtsjagende Form gegeben: „Hiermit bescheinige ich, vom dem Inhalt der Statuten Kenntnis genommen zu haben; ich unterwerfe mich den Bestimmungen derselben, sowie den Beschlüssen des Delegirtenstages des Gew.-Vereins der Maschinenbauer.“ Nur eine einzige Konzeption machten die Reversgegner noch den alten Mitkämpfern: sie nahmen gleichzeitig eine Resolution an, wonach die Aenderung des Reverses auf keine Weise die bisherige Grundanschauung berühren soll; der Gewerbeverein stehe nach wie vor auf dem Boden der freien Privatwirtschaft und genossenschaftlichen Selbsthilfe. Uebrigens wurde von fast allen Reversgegnern scharf betont, daß auch „sogenannte“ Grundanschauungen mit der fortschreitenden Zeit geändert werden müßten.

Das Gewerkschaftskartell in Fürt h i. B. reichte bei den städtischen Kollegien einen Entwurf zur Reform des städtischen Arbeitsnachweises ein. Der Magistrat beschloß eine Ausgestaltung dieses Instituts, die im Wesentlichen den Beschlüssen des Kartells entspricht. Die Stellenvermittlung wird ausgedehnt auf alle Gewerkschaften für männliche und weibliche Arbeiter einschließlich der Heimarbeiter, Lehrlinge und Dienstboten. Das Arbeitsamt steht unter der Leitung eines Ausschusses, der aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, je zwei Mitgliedern des Magistrats und des Gemeindefollegiums und je drei Unternehmern und Arbeitern besteht. Die Unternehmer- und Arbeiter-Beisitzer werden aus den Beisitzern des Gewerbegerichts auf 3 Jahre gewählt. Bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen hat der Ausschuß den Parteien eine kurz bemessene Frist zur Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zu stellen. Wenn sie das Gewerbegericht nicht anrufen oder wenn eine Partei sich dem eventuell erlassenen Schiedspruch nicht unterwirft, so hat der Ausschuß darüber zu entscheiden, ob das Arbeitsamt seine Thätigkeit einzustellen hat oder nicht.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Errichtung einer Arbeitskammer ist von der Sonderkommission der Zweiten Kammer des Badischen Landtages abgelehnt worden. Neben dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion selbst war nur das demokratische Kommissionsmitglied mit dem Antrag im Prinzip einverstanden. Die Zentrumskräfte suchten durch den bequemen Einwand, es sei rechtlich unangängig, diese Frage auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung zu lösen, um die Sache herumzukommen. Auch in diesem Falle zeigten sie sich ministerieller als der Minister selbst, der die von dem Zentrumskriterien Landgerichtsdirektor Behner erhobenen staatsrechtlichen Bedenken als unbegründet erklärte. Dem Wunsch der nationalliberalen und liberalen Mehrheitsparteien, unsere Fraktion möge den Antrag angeichts seiner Anfechtungslosigkeit noch vor der Beratung im Plenum zurückziehen, wird kaum entsprochen werden. Die liberalen „Vollstreckende“ werden vielmehr Gelegenheit erhalten, in der Zweiten Kammer vor dem Forum des ganzen Landes hinsichtlich ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ Farbe zu bekennen.

Im 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreise, dem Wahlkreis Frege, wird vom 1. Juli ab zugleich für den 11. Kreis mit ein neues Parteiblatt erscheinen mit dem Titel „Vollstreckung, Organ für die Interessen der werthvollsten Bevölkerung im Muldenhale und in den Amtshauptmannschaften Borna und Nisch“. Das Blatt wird täglich erscheinen und wird gedruckt und herausgegeben von der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ unter der Redaktion des Genossen Schöpflin. Es ist auch von einer Vertrauensrath-Konferenz des 14. Kreises als

den Weg geben konnte, daß sie ihm später einmal, vielleicht in Jahren, verzeihen, daß sie es des Kindes wegen vielleicht über sich gewinnen konnte, ihm nachzuspüren, dann würde er leichteren Herzens die große Reise über den Ocean antreten.

Er vertraute seiner Mutter an, was sein Herz bedrückte. Frau Köster hat selbst schon daran gedacht, und sie ist schon aus eigenem Antrieb, noch bevor ihr Otto davon gesprochen, bei Konstanze und dem Kammergerichtsrath gewiesen. Und eines Tages öffnet sich die Thür in der kleinen Wohnung der Kügender Straße, und Konstanze, ihren kleinen Sohn an der Hand, erscheint auf der Schwelle.

Otto steht blaß, regungslos da, wie angewurzelt. Er wagt sich ihr nicht entgegen. Aber sie selbst schreitet mit fremdlichem Gesichts auf ihn zu und legt ihm den Knaben in die Arme.

„Wir kommen,“ sagt sie, und ihre Augen schimmern in frechem Glanz, „wir kommen, um Dich zu bitten, aus mit Dir zu scheiden.“

Otto starrt die Arme nach ihr an. Er ringt nach Worten, um ihr sein heißes Danksgefühl auszudrücken, aber seine Stimme erstickt in dem ausgehohlet hervorbrechenden Thranenstrom.

Nacht Tage später findet die Abreise statt. Die ganze Familie giebt den Scheidenden das Geleit nach dem Bahnhof. Der alte Köster reicht seinem jüngsten Sohn zum erstenmal wieder die Hand. Auch der Kammergerichtsrath ist auf dem Bahnhof. Tiefbewegt umarmt er Tochter und Schwager.

„Reue sei mir vergeben,“ sagt er zu Otto, „was hinter uns liegt! Glückliche Reise und eine frohe Zukunft!“ Frau Köster ist bis zum letzten Augenblick an Ottos Seite. Sie hält ihn an der Hand und läßt ihn keine Schritte aus den Augen. Zu sprechen wagt sie nicht. Sie sieht, daß sie doch nur ein jugendliches Schicksal werden kann. Aber ihre Hände sprechen lauter, als es Worte können von der unergründlichen, tieferliegenden Mutterliebe.

Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden.

Die Zwistigkeiten in Nürnberg. In den bedauerlichen Zwistigkeiten, die seit zwei Jahren in der sozialdemokratischen Partei in Nürnberg eingerissen sind, spielt von Anfang an der freisinnige „Fränkische Kurier“ eine nicht geringe Rolle. Das Blatt bemüht sich stets — und nicht immer mit den reinlichsten Mitteln — den Zwiespalt in den Reihen unserer Genossen zu schüren, um für die eigenen Parteizwecke im Trüben zu fischen. Besonders suchte es durch seine sog. Zuschriften „aus sozialdemokratischen Kreisen“ gegen die Führer unserer Partei zu hetzen und sie vor der Masse der Genossen zu verächtigen. Neuerdings ist es der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Gen. Rudolph, den sich das Blatt zum Zielpunkt seiner Machinationen ausgesucht hat. Es brachte eine Zuschrift „aus sozialdemokratischen Kreisen“, in der dem Genossen R. vorgeworfen wird, daß er für den „Kurier“ gegen die Partei geschrieben habe. Die Zuschrift wird ohne jede Bemerkung abgedruckt, obwohl die Redaktion ganz genau weiß, daß die Beschuldigung nichts als eine elende Verächtlichmachung ist. Man rechnet eben auf das Mißtrauen und die erregte Stimmung der Nürnberger Genossen. Um solche Verächtlichmachungen für die Zukunft unmöglich zu machen, hat sich Genosse Rudolf veranlaßt gesehen, den verantwortlichen Redakteur des „Kurier“ wegen verleumderischer Beleidigung zu verklagen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Typhus ist wieder im ober-sächsischen Industriegebiet eingezogen und hat sich besonders in dem großen Industrieort Laurahütte-Siemianowitz eingenistet. In Hugokolonie bei Laurahütte ist fast kein Haus von diesem unheimlichen Gaste verschont geblieben. Es heißt, die Ortsbehörden und Aerzte sind „mit rafflosem Eifer“ bemüht, der Epidemie Einhalt zu thun. Sie hätten besser daran gethan, sich vor dem Ausbruch des Typhus „mit rafflosem Eifer“ um die Verbesserung der Wohnungs- und Wasserhältnisse in Laurahütte zu kümmern. — In Augustsburg in Sachsen brachte ein 18 jähriger Mann seiner 13 jährigen Schwester 44 Messerstücke bei und versuchte ihr dann die Kehle zu durchschneiden. — Aus Strehla a. d. E. (Sachsen) wird gemeldet: Bei einem Gewitter wurde dieser Tage in dem preussischen Grenzort Zinsdorf ein vom Felde heimkehrendes Ochsenpaar auf der Landstraße vom Blitz getroffen. Die beiden Ochsen wurden auf der Stelle getödtet, der Führer wurde betäubt. — In Chemnitz versuchte Montag Abend der Markthelfer Wolf, welcher von seiner Ehefrau getrennt lebt, diese mit einem Messer zu erschlagen, weil sie sich weigerte, ihn wieder aufzunehmen. Das Messer glitt an einer Korsettstange ab und brachte der Frau nur eine leichte Verwundung bei. Wolf, der nach der That geflüchtet war, hat sich später der Polizei selbst gestellt. — In der Ortschaft Sghra in Nieder-Oesterreich schlug der Blitz in eine Kapelle ein, in der sich gerade eine große Anzahl Andächtiger befand. Neun Personen wurden mehr oder minder schwer verletz. — In Korfu fand Dienstag ein starkes Erdbeben statt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Strafkammer in Eiberfeld hatte sich dieser Tage die Hausierin Mathilde Franken wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Die F. war im Besitz zweier Kaiserbilder. Anlässlich eines Gesprächs, welches die F. mit dem ihr jetzt feindlich gesinnten Händler Bernhard Sindern im Juli oder August v. J. führte, soll dieselbe über die Bilder gesprochen und hierbei mißfällige Aeußerungen über den Kaiser gemacht haben, die Sindern dann der Staatsanwaltschaft hinterbrachte. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Urtheil lautete auf Freisprechung, weil die fraglichen Aeußerungen verschiedenartig gedeutet werden könnten. Während der Verhandlung war die Deffentlichkeit „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ ausgeschlossen.

Kampf mit geistigen Waffen. Im schwarzen Altdorf bei Epen fand am Sonnabend Abend eine öffentliche Versammlung statt, bei welcher Gelegenheit die schwarz-weiße Gesellschaft wieder mal eine Probe von der Ueberlegenheit ihrer geistigen Waffen ablegte. Bis zu Mafstrügen hat man es allerdings noch nicht gebracht, aber Kadau brachte man zu Stande, der den gewünschten Erfolg, die Versammlung zur Auflösung zu bringen, schließlich erzielte. Genosse Reichstags-Abgeordneter Sasse war zu der Versammlung als Referent bestellt. Durch Vorklagen sollte die Versammlung überhaupt hintertrieben werden. Unserem Genossen gelang es jedoch schließlich, sich Gehör zu verschaffen. Er konnte sein Referat zu Ende führen. In der Diskussion sprach nur ein Genosse; obwohl unsererseits vier Wortwandler vorlagen, ließ man drei Gegner, die geistige Führung der Schwarzen, zu Worte kommen. Als diese ausgedehnt, stellten die Schwarzen Schlußantrag, und als derselbe abgelehnt war, gab einer der „Toleranten“ das Signal zu neuem Skandal, der auch so erfolgreich war, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. So hatte man den Zweck erreicht, die von ca. 1300 Personen besuchte Versammlung konnte nicht zu Ende geführt werden. Mit solchen „geistigen“ Waffen kämpft die Gesellschaft im Reichstag für Toleranz bramarbasirt. So kann man wieder rühmen, man habe die Gegner zum Schweigen gebracht — im christlichen Kampf.

Der dreimal begnadigte Zuchthäusler. Wegen Raubmordes wurde im Juli 1861 ein gewisser Böhm aus Fricmar vom Gothaer Schwurgericht zum Tode verurtheilt, vom Herzog aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und nach dreijähriger Internierung freigelassen. Im Jahre 1891 verübte Böhm wieder einen schweren Einbruch und mußte von neuem nach Gröbenzema ins Zuchthaus wandern. Die Jahre hat er dort zugebracht und ist mittlerweile 70 Jahre alt geworden. Da er sich gut betragen hat, ist er durch die „Gnade“ des Regenten abermals „bis auf weiteres“ begnadigt worden. Nunmehr hat er es aber vorgezogen, ins Ausland zu verschwinden. Er hat 40 Jahre hinter Zuchthausmauern verbracht.

Die Stadt, die nie schläft. Aus New-York wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Keine Stadt der Welt kann sich mit Butte in Montana vergleichen. Es ist dies eine Bergstadt mit etwa 45 000 Einwohnern — eine Stadt, die nie schläft. Die Läden, Vergnügungsorte und sogar einzelne öffentliche Bureau sind Tag und Nacht offen; man

kann sich zu jeder Tages- oder Nachtstunde rasiren lassen, ein Theaterstück sehen, in den Wirtschaften sich zu einem Spielchen niederlassen und Einkäufe aller Art machen. Der einzige Erwerbszweig der Bevölkerung ist der Bergbau; dieser wird ununterbrochen in drei Schichten zu je acht Stunden betrieben. Und nach dem Drei-Schichten-System ist das ganze Leben geordnet; die ganze Nacht durch erstrahlen die Läden im hellsten Glanze elektrischen Lichtes, wohlgekleidete Menschen sieht man zu jeder Stunde umherpromeniren; nur weiß man nicht recht, ob sie eben aufgestanden sind oder erst zu Bett gehen wollen. Man muß nicht denken, daß es in Butte ärmlich zugeht. Die Bergleute verdienen sehr viel Geld (?), sie arbeiten intensiv und wollen auch ebenso intensiv das Leben genießen.

nw. Eine Entschuldigung für den Mai 1902.

„Alles verstehen heißt alles verzeihen“, sagt ein tiefes Wort, und wenn wir es auf den sich jetzt glücklich verabschiedenden Wonnemonat anwenden wollen, so müssen wir schon recht viel von ihm verstehen, um seine fortgesetzte Launenhaftigkeit zu entschuldigen. Natürlich ist die Wissenschaft in erster Linie dazu verpflichtet, uns zum Verständnis zu verhelfen, und sie wird ja ihrer Aufgabe auch nach Kräften gerecht zu werden versuchen. Vorläufig haben wir nur einige gelehrte Vermuthungen zu verzeichnen, deren Berechtigung sich nicht recht erweisen läßt. Man versucht es vor allem mit Vergleichen. Der Mai 1902 soll die größte Kälte seit mit dem Mai 1899 haben, und in letzterem Jahr war das Meer in der Umgebung von Island ebenso wie jetzt mit großen Massen von Treibeis bedeckt. Was folgt aus dieser Thatsache? — doch wohl nichts anderes, als daß diese Eismasse für die ungewöhnlich niedrige Temperatur des fraglichen Monats verantwortlich zu machen sei. So wird man im ersten Augenblick zu urtheilen geneigt sein, aber der Schluß ist zum mindesten vorläufig. Die Sache kann sich ebenso gut auch umgekehrt verhalten, indem die ungewöhnliche Eisansammlung im nördlichen Atlantischen Ozean eine Folge, nicht aber die Ursache der kalten Witterung sein dürfte. Winde, die über ein weites Eisfeld hinwegstreichen, sind selbstverständlich kälter als solche, die über ein trockenes und erhitztes Land oder ein warmes Meer wehen, insofern wird wohl die Eisansammlung im Islandischen Meer eine gesteigerte Abkühlung herbeigeführt haben, aber es bleibt doch immer noch zu erklären, warum dauernd Nordwinde im nordwestlichen Europa geherrscht haben. Würden statt dessen westliche oder östliche Winde vorgeherrschet haben, so würde das Vorhandensein von Treibeis auf dem nördlichen Meer für die Temperatur in Europa ziemlich gleichgültig geblieben sein. Die richtige Auffklärung wird wohl allein in der Vertheilung des Luftdrucks zu finden sein, von der die Richtung der Luftströmungen bestimmt wird, und diese Verhältnisse werden binnen einigen Wochen von unseren Meteorologen mit genügender Klarheit untersucht sein. Nun hat sich aber der Mai noch in anderer Weise ganz besonders unbeliebt gemacht, nämlich durch ein ganz ungewöhnlich aufgeregtes Wesen der innerirdischen Kräfte. Es fragt sich, ob auch dafür bereits eine Erklärung gegeben werden kann, und ob sie auf einen gemeinsamen Ursprung mit den Störungen im gewohnten Gang der Luftströmungen zurückgeführt werden können. Es stellt sich uns auch da eine hübsche, runde Theorie zur Verfügung, an die man nur zu glauben braucht, um zum Verständnis all dieser Räthsel zu gelangen. Die Thätigkeit der Sonne soll nämlich auch dafür verantwortlich sein. Die langjährigen Beobachtungen in Indien haben einen scheinbaren Zusammenhang zwischen den Regenfällen und dem Luftdruck einerseits und den Zeiten der stärksten bzw. geringsten Fleckenthätigkeit auf der Sonne ergeben. Im Jahre 1867, als ebenfalls eine ganze Kette von Erdbeben und Vulkanausbrüchen über die Erde hinging, standen die Sonnenflecken in einem Minimum ihrer Entwicklung. Im Jahr 1893, als der Vulkan von Krakatau zur Hälfte in die Luft geblasen wurde, hatten sie ein Maximum erreicht, und das gegenwärtige Jahr ist wieder das eines Minimums der Sonnenflecken. Die zeitliche Uebereinstimmung ist also nachweisbar, ob nun auch ein innerer Zusammenhang besteht, muß vorläufig der Vermuthung überlassen bleiben.

Eine bemerkenswerthe Arbeit ist auf der Pen-sylvaniana (Vereinigte Staaten) ausgeführt worden. Es wurde nämlich, wie man der „Frankf. Ztg.“ abliest, bei New-Brunswick und New-Jersey eine 900 Fuß lange, 15 Fuß breite und 8000 Tons wiegende Eisenbahnbrücke mit einer Verkehrsunterbrechung von nur 20 Minuten verlegt.

Das Alter der Erde ist durch Professor Solly auf einem neuen Wege berechnet worden. Dieser Gelehrte will namentlich feststellen, wie lange Zeit verstrichen sein muß, um den Weltmeeren, die ursprünglich aus süßem Wasser bestanden haben müssen, ihren gegenwärtigen Salzgehalt zu verleihen. Wenn der Betrag des Seewassers an gewöhnlichem Kochsalz nach den Untersuchungen des größten Sachverständigen, John Murray, angesehen wird, so ergibt sich nach der Berechnung von Prof. Solly das Alter der Erde auf 60—70 Millionen Jahren. Schon aber hat sich ein anderer Fachmann über die Frage hergemacht, nämlich Dr. Dubois in einer Mittheilung an die Akademie der Wissenschaft in Amsterdam. Er ist zu der Meinung gelangt, daß die Schätzung Murrrays bezüglich des von den Flüssen ins Meer geschafften Salzes zu gering und daß demnach das Alter der Erde mit jener Piffer zu hoch veranschlagt sei. Dubois bewilligt unserem Planeten nur eine Bergangenheit von 24 Mill. Jahren. Diese Vermuthung — mit einem anderen Worte lassen sich wohl solche Angaben immerhin nicht bezeichnen — stimmt auffallend gut mit einer anderen Berechnung überein, die der Geologe Professor Sollas ausgeführt hat, indem er die zum Abschluß der geologischen Schichten aus dem Wasser notwendige Zeit seit Beginn der Unterscheidung von Meer und Land abzuschätzen versuchte, er gelangte zu der Zahl von 26 Millionen Jahren. Vielleicht läßt sich zwischen diesen Meinungen eine Brücke schlagen, indem ja die Erde als selbstständiger Weltkörper doch noch ein größeres Alter besitzen muß als seit der Scheidung von Meer und Festland. Professor George Darwin, der zweite Sohn von Charles Darwin, glaubt nicht mit weniger als 56 Millionen Jahren für die Zeit auszukommen, die seit der Abblösung des Mondes von der Erde verstrichen ist, und auch vor diesem Ereigniß muß die Erde immerhin schon als ein um seine Achse sich drehender Körper bestanden haben, der nur noch den Mond abschleuderte, ehe er seine eigentliche bis zum heutigen Tag erhalten gebliebene Selbstständigkeit erlangte.